

Kinder und Familie

Mangel an Fachpersonal in Kindertagesstätten wird immer größer – Aus- und Weiterbildungsoffensive überfällig

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) bekräftigt ihre Forderung nach einer Aus- und Weiterbildungsoffensive für Beschäftigte in Kindertagesstätten. Die Lücke zwischen dem wachsenden Angebot an Kita-Plätzen und dem für eine sachkundige und qualifizierte Betreuung notwendigen Fachpersonal werde immer größer. „Die Ausbildungskapazitäten müssen dringend aufgestockt und die Ausbildung muss attraktiver gemacht werden. Fachlicher Standard muss dabei die ‚staatlich anerkannte Erzieher/in‘ sein“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied

Wolfgang Pieper am Mittwoch.

Infolge der deutlichen Ausweitung des Angebots an Kita-Plätzen – zuletzt durch den vom Deutschen Bundestag beschlossenen Ausbau um 100.000 Plätze – hinke die Personalausstattung immer deutlicher hinter dem Betreuungsbedarf und den fachlichen Anforderungen hinterher. Der Fachkräftemangel in den Kitas werde immer gravierender, betonte Pieper.

Es sei nicht länger hinnehmbar, dass der Ausbau der Kitaplätze bis heute zu Lasten der Qualität in Kitas und der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten gehe. Die Arbeit mit guten Bildungskonzepten, Gesundheits- und Sprachförderung sowie die Bewältigung der Anforderungen an Inklusion seien nur einige Aufgaben in Kitas, die für Bildungsprozesse der Kinder und deren Persönlichkeitsentwicklung wichtig sind. „Damit dies gelingt, braucht es eine deutliche Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation, diese müssen Vor- und Nachbereitungszeiten, Leitungsfreistellung, Qualifizierungszeiten und Ausfallzeiten berücksichtigen“, forderte Pieper.

Die bisherigen Ausbildungszahlen reichten nicht aus, um den zukünftigen Bedarf an Fachkräften zu decken. Die Ausbildungskapazitäten müssten erheblich erweitert werden. „Zudem muss überall das Schulgeld abgeschafft und die Ausbildung mit einer tariflich festgeschriebenen Ausbildungsvergütung deutlich attraktiver gemacht werden“, sagte Pieper weiter. Quereinsteigern sollten die Wege in eine reguläre Ausbildung geebnet werden. „Um dem Fachkräftemangel in den Kindereinrichtungen zu begegnen, müssen darüber hinaus auch Qualifizierungsmöglichkeiten für bisherige Ergänzungskräfte – Kinderpflegerinnen und -pfleger – zu staatlich anerkannten Erzieherinnen und Erziehern verbessert werden“, erklärte Pieper.

Ein Wettbewerb um die billigsten Löhne sei auszuschließen. „Dafür ist es notwendig, die Einrichtungen finanziell so auszustatten, dass unabhängig von der Trägerschaft eine tarifgerechte Entlohnung auf dem Niveau des öffentlichen Dienstes ermöglicht wird“, sagte Pieper.

Auf keinen Fall dürften die qualitativen Anforderungen an die wichtige und anspruchsvolle Arbeit der frühkindlichen Bildung in den Kitas gesenkt werden. Die Anrechnung von Auszubildenden oder Praktikantinnen auf den Stellenschlüssel müsse ausgeschlossen werden. Eine deutliche Absage erteilt ver.di dem Anliegen mit „Schmalspurausbildungen“ den Fachkräftemangel zu beheben. „Wir brauchen 45 gute Qualität für gute Kitas“, stellte Pieper klar

Medieninformation des ver.di-Bundesvorstands 21. Juni 2017

Portal "Sichere Kita" überarbeitet und erweitert

(Quelle: DGUV) Wie Duschen, Fußböden oder Waschtische in einer sicheren Kita aussehen sollten und welche Möglichkeiten der Gestaltung es gibt, zeigt der neu eingerichtete "Waschraum" im Portal "Sichere Kita" der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen. Auch der "Wickelraum" wurde aktualisiert.

[Zur Meldung der Unfallkasse NRW](#)

entnommen aus: vkm-rwl-Newsletter 13/2017

Sonnen-, Hitze- und Zeckenschutz in der Kita

(Quelle: DGUV) Welche baulichen und organisatorischen Maßnahmen vor allem Kleinkinder vor Sonne und Hitze schützen und was dabei zu beachten ist, verdeutlicht ein Artikel der Zeitschrift "DGUV faktor arbeitsschutz" am Beispiel der MusterKita "Kinderplanet" in Neuwied.

[Zum Artikel](#)

Die Zeckenschutz-App der Unfallkasse Hessen beinhaltet detaillierte Informationen, rechtliche Hinweise und speziell für Kindertageseinrichtungen hilfreiche Tipps zum konkreten Vorgehen nach einem Zeckenstich.

[Weitere Infos der Unfallkasse Hessen](#)

entnommen aus: vkm-rwl-Newsletter 17/2017

Kita-Leitungen fehlt Zeit für Führungsaufgaben – Qualität leidet

(Quelle: Bertelsmann-Stiftung) Das pädagogische Konzept weiterentwickeln, eine neue Fachkraft einstellen und eine besorgte Mutter beruhigen: wichtige Aufgaben, die entscheidend sind für die Qualität einer Kita. Genug Zeit dafür gibt es jedoch nur selten, in mehr als jeder zehnten Kita sogar überhaupt keine. Daher empfiehlt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung bundesweit einheitliche Standards. [weiterlesen](#)

entnommen aus: vkm-rwl-Newsletter 22/2017

Deutschlandweite Elternbefragung der Bertelsmann Stiftung zur Kita-Qualität in Deutschland

(Quelle: Bertelsmann-Stiftung) Die Systeme der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung in Deutschland stehen noch immer vor der Herausforderung, dass der Bedarf an Betreuungsplätzen weiter steigt und gleichzeitig der Qualitätsausbau gefördert werden muss. Die Bertelsmann-Stiftung hat Eltern befragt, wie sie die vorhandenen Angebote und Entwicklungsbedarfe der Kindertagesbetreuung in Deutschland einschätzen. Welche politischen Handlungsbedarfe sehen sie zur Verbesserung der Situation? Zu diesen und weiteren Themen rund um Kindertagesbetreuung liegen wenige Informationen zu den Meinungen und Perspektiven von Eltern vor. Die deutschlandweite Befragung von Infratest dimap im Auftrag der Bertelsmann Stiftung liefert neue Einblicke von Eltern mit Kita-Kindern im Alter bis einschließlich 7 Jahren.

Unter [folgendem Link](#) finden Sie hierzu die dazugehörige Pressemitteilung sowie das FactSheet „Kita-Qualität in Deutschland – Was wünschen sich Eltern“. Dieses liefert einen Überblick, welche Erwartungen Eltern an politische Akteure zur Verbesserung der Kinderbetreuungsangebote in Deutschland haben. Zudem sind die Eltern befragt worden, wie sie ihre eigene Beteiligung an der Kita-Finanzierung einschätzen und welche Veränderungsbedarfe sie sehen. Dabei zeigen sich Unterschiede zwischen den Eltern in Abhängigkeit von dem jeweiligen Haushaltsnettoeinkommen sowie dem Bundesland, in dem sie leben. Diese Meinungen und Einschätzungen der Eltern bieten Politik und Verwaltung wichtige Impulse für die aktuelle Diskussion zur Weiterentwicklung der Systeme der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung in Deutschland.

entnommen aus: vkm-rwl-Newsletter 1/2017

Armutsrisiko und Erwerbschancen von Alleinerziehenden

(Quelle: Arbeit NRW) Die Zahl Alleinerziehender in NRW ist unverändert hoch. Gestiegen ist auch das Armutsrisiko von Alleinerziehenden und ihren Kindern, die häufiger und länger auf Leistungen aus der Grundsicherung angewiesen sind als Familien in Paarhaushalten. Ein Lohnhallengespräch der G.I.B. diskutierte Handlungsstrategien und stellte aktuelle Zahlen vor. Das Interesse an der ESF-geförderten Veranstaltung war groß. Bericht und Fotogalerie [Mehr](#)

entnommen aus: vkm-rwl-Newsletter 7/2017

Kinder forschen zu Prävention

(Quelle: DGUV) Wie Erzieherinnen, Erzieher und Lehrkräfte Kinder bereits in jungen Jahren über Unfallgefahren aufklären können, zeigt die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung auf der Bildungsmesse didacta auf dem Messegelände Stuttgart. Am Stand des Spitzenverbandes der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen können Interessierte sich über das Projekt "Kinder forschen zu Prävention" informieren. Der Ansatz: Mithilfe von einfachen Experimenten gehen Kinder Risiken für Sicherheit und Gesundheit auf den Grund und lernen, sie mit geeigneten Mitteln zu vermeiden. Dabei stehen die folgenden fünf besonders häufigen Gefahren im Fokus: mangelnde Sichtbarkeit im Straßenverkehr, Stolpern-Rutschen-Stürzen, mangelnde Hygiene, Haushaltsgifte und Lärm. Zu jedem dieser Themen gibt es ein eigenes Modul und Experimentierkarten die helfen, das ausgewählte Thema zu untersuchen. Die dafür benötigten Materialien bestehen weitestgehend aus Alltagsgegenständen und können kostengünstig beschafft werden.

Das Projekt "Kinder forschen zu Prävention" wurde gemeinsam von der Unfallkasse Rheinland-Pfalz und dem Institut für Arbeitsschutz der DGUV entwickelt. Infos zum Thema "Kinder forschen zu Prävention" gibt die Unfallkasse Rheinland-Pfalz unter www.ukrlp.de.
entnommen aus: vkm-rwl-Newsletter 7/2017

DIW-Studie gibt Überblick über die Forschungsarbeiten zur Wirkung des vor zehn Jahren eingeführten Elterngeldes

(Quelle: DIW) Zehn Jahre nach der Einführung des Elterngeldes zum 1. Januar 2007 ist dieses familienpolitische Instrument weitestgehend akzeptiert und hat viele nachweisbare Effekte, zum Beispiel auf die Erwerbstätigkeit von Müttern und auf die Rolle von Vätern. In einer neuen Studie gibt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) einen Überblick der verschiedenen primär ökonomischen Forschungsergebnisse zum Thema. Die Einführung des Elterngeldes, das das vorherige Erziehungsgeld abgelöst hat, hat das Einkommen für die meisten Familien im ersten Jahr nach der Geburt ihres Kindes substantiell erhöht und somit für diese Zeit einen finanziellen Schonraum geschaffen. Nachgewiesen ist auch, dass die Erwerbstätigkeit von Müttern insgesamt zugenommen hat. Zwar haben sich mehr Mütter mit hohem Einkommen und Qualifikationen eine längere Auszeit genommen, als es früher der Fall war, im zweiten Lebensjahr des Kindes ist die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Müttern im unteren Einkommensbereich gestiegen. In dieser Hinsicht hat das Elterngeld sein Ziel erreicht.

Seit der Einführung des Elterngeldes hat sich für Mütter etabliert, dass zwölf Monate die sozial erwünschte Dauer der Erwerbsunterbrechung ist“, so Katharina Wrohlich, eine der StudienautorInnen. „Und noch in einem anderen Punkt hat das Elterngeld die soziale Norm verändert: Es ist mittlerweile völlig normal und akzeptiert, dass Väter Elternzeit nehmen,

wenn auch die meisten diese auf zwei Monate beschränken“, meint C. Katharina Spieß als weitere Studienautorin. Vor 2007 haben weniger als drei Prozent aller Väter Elternzeit genommen, der Anteil liegt mittlerweile bei über 34 Prozent. Die Forschung zeigt allerdings, dass dieses Phänomen nur in bestimmten Konstellationen Effekte auf die Aufteilung der Familien- und Hausarbeit hat, deren größter Teil noch immer bei den Müttern liegt.

Ein Einfluss des Elterngeldes auf die Geburtenrate in Deutschland konnte indessen nur teilweise erwiesen werden. Die Studien dazu kommen zu gemischten Ergebnissen, auch wenn in der Tendenz leicht positive Effekte festzumachen sind. Wenn aber der Wertewandel, den das Elterngeld eingeleitet hat, voranschreitet und von weiteren familienpolitischen Reformen verstärkt wird, könnte das zu einer günstigeren Geburtenentwicklung beitragen, schließen die StudienautorInnen. Dazu, sowie um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu steigern und eine bessere Gleichstellung zu erreichen, wäre eine konsistentere Familien- und Steuerpolitik nötig, die zum Beispiel das Ehegattensplitting abschafft.

entnommen aus: vkm-rwl-Newsletter 11/2017

Landeskirchenamt: Familienfreundliche Personalpolitik ausgezeichnet

(Quelle: EKIR) Das Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche im Rheinland ist heute erneut für seine familienfreundliche Personalpolitik ausgezeichnet worden. Die Zertifizierung des „audit berufundfamilie“ wurde dem Landeskirchenamt erstmals 2007 ausgestellt und nach entsprechender Reauditierung zum vierten Mal bestätigt. Damit zählt das Amt zu den 353 Unternehmen, Institutionen und Hochschulen, denen bei einer Festveranstaltung in Berlin das Zertifikat verliehen wurde.

In dem Zertifizierungsverfahren der berufundfamilie gGmbH, die eine Initiative der gemeinnützigen Hertie-Stiftung ist, wird die Familienfreundlichkeit von Unternehmen und Institutionen bewertet und regelmäßig überprüft. Das Landeskirchenamt sichert u. a. hohe Standards bei flexiblen Regelungen der Arbeitszeit und berücksichtigt die Wünsche der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nach Teilzeit- und Telearbeit. Außerdem arbeitet das Amt mit kirchlichen Beratungsstellen zusammen, die die Mitarbeitenden bei Bedarf in Ehe- und Lebensfragen wie auch mit Blick auf die Pflege von Angehörigen beraten.

Mehr unter www.beruf-und-familie.de

entnommen aus: vkm-rwl-Newsletter 26/2017

ind. Stellen Arbeitgeber aber erst im Nachhinein fest, dass die steuerliche Behandlung von